

Landes wurden an diesem Tage große Versammlungen abgehalten. Der Landtag des industriereichsten Landes der österreichisch-ungarischen Monarchie war bisher im Besitz des feudalen Hochadels, der 70 Mandate unter 242 inne hat, der Großbauer und der Kapitalisten. Die breiten Volkschichten sind von jeder Vertretung ausgeschlossen. Schon im Jahre 1905 war die Wahlrechtsbewegung der tschechischen Sozialdemokraten gegen diesen Landtag gerichtet; nunmehr ist aber die Bewegung noch bedeutend stärker geworden. Aus verschiedenen Gründen: Vor allem hat die Sozialdemokratie beider Nationen in Böhmen durch Erreichung des Wahlrechts für den Reichsrat freie Hand bekommen; das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft ist gestiegen. Die Wahlreformfeinde haben das Land an den Rand des finanziellen Bankrotts geführt; sie brauchen den Reichsrat zur Sanierung der Landesfinanzen und sind deshalb geschwächt. Außerdem ist in einer Anzahl der jüngsten Länder Österreichs schon eine, wenn auch unzureichende Wahlreform durchgeführt worden, so daß der bisherige Zustand in dem fortgeschrittensten Lande nicht mehr haltbar ist.

Am vergangenen Sonntag trat nun auch Prag, durch seine großen sozialdemokratischen Demonstrationen bekannt, in Aktion. Um 9 Uhr früh versammelte sich die Arbeiterschaft von Prag und Umgebung in einer Anzahl von 25 000 Personen auf dem großen Platz der Prager Neustadt, dem Wenzelsplatz, und zog, da der Stadtrat die Abhaltung des Meetings auf dem Altstädter Ringplatz nicht bewilligt hatte, auf die Schürenhufen, wo zwei große Meetings veranstaltet wurden. In dem gewaltigen Umzuge, der ruhig und ernst durch die Hauptstraßen Prags zog, waren die Berg- und Hüttenarbeiter aus dem Kladruber Bergrevier, dem Wetterwinkel in Böhmen, und die Hüttenarbeiter aus Beraun an der Spree. Sie hatten einen Weg von sechs Stunden zu Fuß zurückgelegt. Sie waren um 2 Uhr in der Nacht mit Weibern und Kindern aus ihren Dörfern ausgezogen, und staubbedeckt kamen die 4000 begeisterten Kämpfer nach 8 Uhr morgens in die Stadt, wo ihr Aufzug — alle Teilnehmer waren mit Laub geschmückt — großes Aufsehen erregte. Rot wehten die Fahnen der einzelnen Organisationen in der frischen Herbstluft, und es fand sich niemand, der es wagte, dagegen aufzutreten. Um einen jeden Konflikt zu vermeiden, hatte sich die Sicherheitswache zurückgezogen — die Sozialdemokratie war die Herrin der Stadt.

Da nun die deutsche Bourgeoisie die größte Gegnerin einer jeden Wahlreform in Böhmen, angeblich aus nationalen Gründen, ist, fand es die deutsche Arbeiterschaft in Böhmen für notwendig, sich an der Demonstration der Prager Arbeiterschaft durch ihre Vertreter zu beteiligen. Und an den Meetings trat neben den tschechischen Reichsratsabgeordneten Nemec und Jahniss und andern Rednern, der deutsche Reichsratsabgeordnete Genosse Schäfer aus Reichenberg auf, um zu beweisen, daß sich bei dem zu gewährenden Kampfe die deutsche Arbeiterschaft in Böhmen mit der tschechischen eins fühle, um zu beweisen, daß die "nationalen" Gründe der deutschen Bourgeoisie nur zur Deckung ihrer Klasseninteressen angeführt werden.

Der Verlauf der Demonstration war imposant. Mit großer Begeisterung wurden Resolutionen angenommen, worin der Überzeugung Ausdruck gegeben wird, daß die Arbeiterschaft in Böhmen nicht früher Ruhe geben wird, bis eine gründliche Wahlreform für den böhmischen Landtag durchgeführt werden wird.

Auch in Salzburg veranstaltete die sozialdemokratische Arbeiterschaft am Sonntag eine große Wahlrechtsdemonstration. An der Spitze des Zugs marschierte ein Fahnenträger mit roter Fahne, dann die Parteivertretung und ein Genosse mit einer Tafel, die die Zeitschrift trug: "Heraus mit dem allgemeinen gleichen und direkten Landtagswahlrecht!" Seit dem 28. November 1905, wo in Salzburg 10 000 Personen demonstrierten, sah Salzburg keinen so gewaltigen Zug mehr. Trotz des

"Ich geb dir hundert." — "Nicht unter hundertzehn." — Das und ähnliches hörte man. — Die, um die gehandelt wurde, standen geduldig am Rost und dachten auf ihre Art. Den Abschluß eines Geschäfts bezeichnete ein Händedruck — der war auf Tod und Leben. Die Hände hielten hoch aus und stürzten aufeinander. So umarmten sich nur Liebende oder Ringer.

Ein starker, noch junger Mann mit feinrotem, weichem Gesicht schrie: "Sechshundert alle fünf! Hier mit der Hand!"

Emil zog seinen Freund beiseite. "Das ist er," sagte er leise.

"Wer soll das sein?"

"Das ist der starke Mann."

"Der starke Mann?"

"Ja, kennst du ihn nicht mehr? — Das ist der Mann, der ein Schwein am göttlichen Schwanz einen Fuß hoch vom Boden heben kann. Das ist 'Schweinepriester'. — Hat er nicht großartige Marktmanieren, ist er nicht ein Ochsengeiste? Steh mal nun Augenblick still und hör zu! Er kann es nicht verantworten, aber sechshundert will er doch daran wenden, die fünf zu erwerben. Dieser Umrundungsklang, — Sich! — Der andere, der Alte nimmt an! Wie sie sich in die Hände schlagen! Und nun soll der Weinkauf folgen. Hör! — Der zärtliche Brudertort in seiner Stimme. Und guß! Wie wohl und stark er ist! Wie ihn das Bewußtsein, am richtigen Platz zu sein, so frei und glücklich macht. Ja, ich sag: Wilhelm Frahm ist ein klassischer Handelsmann."

Die Freunde gingen weiter, aber auf einmal stand Emil wieder still und sah Heinrich Bruhn tonisch ernsthaft in die Augen:

"Du, Heinrich, ich bin ein bisschen angefressen, ich hab einen kleinen Schwipps; ich glaube, ich sage schon, daß ich dann wohlfagen kann. — Heinrich, wenn deine Liebe so gar groß ist, wenn du sie heiraten mußt — ja, auch das lobe ich, wenn du glauben solltest, als einfacher Landmann dem Herrn noch mehr zu dienen als auf der Kanzel, wenn du also mit einem Wort den Hof übernehmen solltest, dann — du bist ein so guter Heinrich, dann empfehle ich dir deinen Bruder, den Schweinepriester. — Empfehle ihm dir als Verkäufer und Einkaufskommissionär. Der versteht sein Geschäft, und ehrlich ist er auch."

(Fortsetzung folgt.)

strömenden Neptens bildeten Tausende von Zuschnauern rechts und links der Straße Spalier. Die Polizei begnügte sich damit, den Verkehr freizuhalten. Eine Deputation von Mitgliedern der Parteivertretung bezog sich zum Stellvertreter des Landespräsidenten, der ihr versprach, alles tun zu wollen, was in seiner Macht stehe, um den Forderungen der Arbeiterschaft zu entsprechen. Die Wahlreform werde unter allen Umständen durchgeführt werden. Auf dem Residenzplatz hielt Genosse Preußler nach der Rückkehr der Deputation an die Versammlung eine Ansprache, in der er ein Reklame des Wahlrechtskampfs gab, die Wahlreform des Landesausschusses einer scharfen Kritik unterzog und die Arbeiterschaft aufforderte, aufzuhören, bis wirre gerechten Forderungen erfüllt sind. Stürmischer Beifall und erregte Rufe folgten seiner Rede. dann gingen die Demonstranten ruhig auseinander.

In Stiermark wurden in 15 der größten Orte am Sonntag ebenfalls Wahlrechtsversammlungen abgehalten. Auch in den übrigen Kronländern ist die Wahlrechtsbewegung in lebhaften Fluss gekommen, und die privilegierten Klassen werden sich den Forderungen des Proletariats nicht mehr länger entziehen können. Der begonnene Kampf wird nicht eher beendet werden, bis die Wahlreform zu einem befriedigenden Abschluß gebracht ist.

Deutsches Reich.

Militärische Erziehungsergebnisse.

Der Börsische Zeitung wurde dieser Tage von einem Mitarbeiter des Blattes aus Antwerpen geschrieben:

"Gestern traf hier der Dampfer Bürgermeister von der Deutschen Ostafrika-Linie ein. Er hatte den deutschen Kolonialstaatssekretär Dernburg und einen Transport aus Südwestafrika zurückkehrender deutscher Soldaten an Bord. Nach der Ankunft zu schleppen, die hier betrieben auf den Straßen herumtreten, müssen es mehrere hundert Mann gewesen sein. Seit Ausbruch des Aufstands in Deutsch-Südwestafrika haben wir Deutschen in Antwerpen uns schon manchmal schämen müssen, wenn Angehörige unserer Armee, auf die wir so stolz sind, in zerlumpten Uniformen durch die Straßen wanderten. Vom frühen Morgen an ließen in allen Straßen und Winkeln deutsche Kolonialsoldaten in nicht passenden, alten und vor allem so schämigen Uniformen herum, daß die Leute Kopfschütteln stehen blieben und ihnen nachsahen. Am Mittag sah ich einen völlig betrunkenen Soldaten mit einem Dämmchen, das er scheinbar umschlingen hielt, über die Place verteilen und am Nachmittag drei deutsche betrunkenen Soldaten mit zwei Seeleuten, die mit wehender Fahne durch die Hauptstraßen fuhren. Gegen Abend stieß ich zweimal auf so sinnlos betrunkenen Schuhtruppensoldaten, daß ihnen große Kinder schämen wollten. Einen andern Soldaten sah ich sich auf dem Boden wälzen. Als ein belgischer Infanterist sich seiner Kameradschaftlich annehmen wollte, wurde ihm seine Freundschaft durch einen Faustschlag geholt. Ein anderer deutscher Soldat verfehlte in der Trunkenheit den Zugang zu seinem Schiff, fiel in die Scheide und musste von Hafenpolizisten herausgefischt werden. Wie ich hörte, sollen in der Nacht auch drei militärische Strafgefangene vom Schiffe ausgetragen und desertiert sein."

Diese standardschändenden Ausschreitungen, die Deutschlands Ansehen vor dem Ausland gewiß heben werden, sind die notwendige Folge der verdeckten Wirkung des Krieges. Wicht der Militarisierung schon an sich alles weniger als erzieherisch auf die in seiner Jugend stehenden Söhne des Volkes, so erlöten kriegerische Aktionen erst recht in ihnen jedes Gefühl von Sitte und Humanität. Die Univerwersitätsgänge sind deshalb auch weniger auf das Konto der beteiligten Soldaten, als auf das des militaristischen Systems zu setzen. Den maßgebenden Ursachen ist natürlich die Mitteilung der Börsischen Zeitung höchst ungemein und das Oberkommando der Schuhtruppen läßt denn auch schleunigst in der Dienstbereichen bürgerlichen Presse versichern, daß die "angeblichen" Ausschreitungen stark übertrieben seien. Die angegebene Zahl von mehreren Hundert Mann sei direkt unwahr, da der ganze Militärtransport nur 800 Mann betrug (!) und nur beschränkte Urlaubungen an Land erfolgen. Die Nachricht von den zerlumpten Uniformen scheine auch keineswegs den Tatsachen zu entsprechen, da bestimmungsgemäß Urlaubungen nur in tabellosem Anzug erfolgen dürfen. Das Dementi ist so schwächer gehalten, daß es nur als Bestätigung der oben wiedergegebenen Schilderung wirkt.

Der Kubanhandel blüht.

Höher Erzielung besteht fürzlich die Blockpresse, daß der Kubanhandel zwischen Böllow resp. Sydon und den Händlern der bürgerlichen Parteien über die Reichsfinanzreform bereits begonnen habe. Der Wert dieser Ablehnungen wird jetzt durch die Mitteilung eines antisemitischen Blattes gekennzeichnet, daß wichtigster von einer Konferenz zwischen den beiden Reichstagsabgeordneten Lattmann und Liebermann v. Sonnenberg und dem Reichsbahnherrn zu berichten weiß. Die Mitteilung wird von dem Dierckblatt mit den Worten bestätigt:

Die Staatsbürgerzeitung glaubt Mitteilung davon machen zu sollen, daß der Reichsbahnherr zwei Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung zu einer Besprechung über die Reichsfinanzreform zu sich gebeten hat. Es bedarf wohl keiner besonderen Herabredung, daß der Reichsbahnherr auch Politiker aus anderen Parteien zu dem gleichen Zwecke empfangen hat.

Berlin, 17. September. Für die Wahlen zum Gewerbebericht hat der preußische Handelsminister in einem Erlass an die Regierungspräsidenten angeordnet, daß die Gemeindebehörden und Gemeindevertretungen der weiteren Kommunalverbände nach Möglichkeit darauf hinzuweisen werden, dem Grundsatz der Verhältniswahlen, der bei den Kochmannsgerichten bereits gesetzliche Regel ist, auch bei den Gewerbeberichten weitere Gültigkeit zu verschaffen.

Veröffentlichung der neuen Steuerpläne? Die bürgerliche Presse weiß zu berichten, daß gegenwärtig Versprechungen der maßgebenden Stellen darüber stattfinden, ob es angebracht ist, die Vorlage der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, noch bevor der Bundesrat sie verabschiedet hat. In der Freitagsitzung des Bundesrates soll angeblich ein entsprechender Antrag gestellt werden. Die neuen Steuerpläne sollen danach, wenn auch nicht im Wortlaut, so doch in eingehender Darlegung der Oeffentlichkeit unterbreitet werden, sobald die betreffenden Vorlagen an den Bundesrat gelangen. Man hofft, daß der Bundesrat mit diesem Vorgehen einverstanden sein werde.

Es wird in der Tat auch höchste Zeit, daß nun endlich mit dem System der halben, nichtsagenden Abstimmungen, wie es fürzlich in den offiziellen Auskünften in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zum Ausdruck kam, gebrochen wird.

Der Freisinn als Betreiber der Brotwucherer. Der Freisinn kommt von Tag zu Tag mehr auf den Hund. Er fühlt sich so vollkommen als Handlanger des Junkertums,

dah er zuerst die vereinzelten Dienstleistungen bei den preußischen Landtagswahlen mehr und mehr in ein regelrechtes politisches System zu bringen sucht. Wie jetzt bekannt wird, hat er für die Landtagswahlen in Oldenburg mit den ältesten Volksaufsichtsratern, mit dem Bund der Landwirte, ein Bündnis abgeschlossen. Und mit dieser verkommenen Gesellschaft mutet dem Proletariat sogar Parteigenossen noch eine Waffenbrüderlichkeit zu!

Gehaltsausbesserungen in der Armee. Neben der Erhöhung der Soldatenlöhne — als Folge eines sozialdemokratischen Antrages — sollen auch die Offiziersgehalte im kommenden Jahr wesentlich erhöht werden. Die Aufbesserung geht bis zum Hauptmann. Die Beamten beginnen mit 1500 M. pro Jahr, steigen um 800 M. alle vier Jahre bis zum Höchstlohn von 2100 M., das nach acht Dienstjahren erreicht wird. Das Gehalt der Hauptleute beginnt mit 4000 M., steigt alle vier Jahre um 600 M. bis zum Höchstlohn von 5200 M.

Die Schiffahrtssabgabengesetze kommen. Das preußische Staatsministerium hat einen Gelegenheitswurf fertiggestellt, der in der Form eines Antrages Bremens an den Bundesrat gehen soll. Es handelt sich dabei um eine authentische Interpretation zum § 54 der Reichsverfassung, wodurch die Erhebung von Schiffahrtssabgaben auf regulierten Wasserstraßen als im Einklang mit dem Sinn der Verfassung stehen erklärt werden soll.

Wilde Richter. Von der Kasseler Strafkammer wurde ein Schuhmann, der einem Arrestanten ins Gesicht und mit einem Stock geschlagen hatte, wegen gefährlicher Körperverletzung zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Der Gerichtshof sprach in dem Urteil aus, der Schuhmann hätte eigentlich drei Monate Gefängnis verdient, doch seien ihm milde Umstände zugestanden worden, weil er noch unbescholten sei. Werkwidrigkeiten werden derartige Vergehen als gewöhnliche Straftaten bei gewöhnlichen Sterblichen fast nie genommen. Ein anderer Kasseler Schuhmann wurde neulich einen Zusammenstoß mit einem Betrunkenen. Dem Betrunkenen fuhr der Schuhmannsäbel durch den Leib, so daß der lebensgefährlich Verletzte am Tage darauf verstarb. Der Schuhmann behauptet freilich, der Betrunken sei ihm in den Säbel hingeklausen.

Alte politische Nachrichten. Die Stichwahl in Wolsztyn-Helmsdorf zwischen unserem Parteigenossen Kiele und dem Majorier Ley ist auf Dienstag, den 22. September, festgesetzt worden. — Die Landtage in den verschiedenen Kronländern Österreichs sind am 15. September zusammengetreten. — Die deutsch-bürgerlichen Abgeordneten des böhmischen Landtags haben sich zu einem Verband der deutschen Parteien zusammengeschlossen. — Staatssekretär Dernburg hat an diesem Mittwoch die Leitung des Reichskolonialamts wieder übernommen.

Österreich-Ungarn.

Die Wahlrechtsfrage in den Landtagen.

Salzburg, 15. September. In der heutigen ersten Sitzung wurde dem Landtag die neue vom Landesausschiff verfasste Wahlordnung und Landesordnung vorgelegt. Neben einer Vermehrung der Sitz der Privilegierten soll danach den bisherigen Wählerklassen noch eine vierte Wählerklasse eingerichtet werden, in der jeder österreichische Staatsbürger männlichen Geschlechts wahlberechtigt ist, der das 24. Lebensjahr vollendet hat, keiner andern Wählerklasse angehört, vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen und seit Beginn des der Ausschreibung der Wahl vorangegangenen Kalenderjahrs freiwillig und dauernd im Lande Salzburg im Aufenthalt ist. Diese vierte Wählerklasse erhält fünf Mandate, von denen zwei auf die Städte, drei auf die Landgemeinden entfallen. In der Wählerklasse der Städte und der Landgemeinden wird ein Befreiung von acht Kronen festgesetzt.

Im Landtag von Vorarlberg verließ der Landeshauptmann in seiner Begrüßungsrede auf die in dieser Tagung des Landtags noch zu erledigenden Aufgaben, unter anderm auf die Reform der Gemeindeordnung, der Gemeindewahlordnung, der Landesordnung und der Landtagswahlordnung. Im galizischen Parlament führte der Landesmarschall Badeni in der Eröffnungsitzung folgendes aus:

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die überwiegende Mehrheit des Landtags gewonnen ist, gemäß den von sämtlichen Parteien zum Ausdruck gebrachten Anschauungen das Landtagswahlrecht allen den davon abweichen zu schließen zu erkenne, ohne jedoch von der Teilnahme an dem Landtag jene Faktoren auszuschließen, denen die gegenwärtige Wahlordnung Sitz und Stimme im Landtag einräumt. Trotz der schon in der letzten Session zutage getretenen Schwierigkeiten wird diese Frage sich wohl lösen lassen. Es liegt sicherlich im Interesse des ganzen Landes und des Landtags, daß die breitesten Schichten der Bevölkerung zur Teilnahme an den Arbeiten des Landtags herangezogen werden und sich in der Verantwortlichkeit für das Resultat dieser Tätigkeit teilen. Es ist auch notwendig, das Wahlreformwerk in Frieden und im geeigneten Moment in Angriff zu nehmen, damit seine Erledigung nicht etwa wieder durch Zeitmangel in Frage gestellt werde. (Allgemeine Zustimmung.) Ohne Kompromiß und ohne Verständigung aller Parteien erscheint aber die Durchführung der Wahlreform unmöglich, was man sich schon sehr wohl vor Augen halten muß.

Polizeihilfsvaten.

Budapest, 16. September. Die sozialdemokratische Partei hielt heute abend Versammlungen ab, um den Angriffen entgegenzutreten, die auf dem Katholikentag am vergangenen Sonntag gegen die Partei gerichtet wurden. Nach Schluss der zuvor verlaufenen Versammlungen kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und Sozialisten, die sich in großer Zahl vor der Redaktion einer Zeitung eingefunden hatten, um eine Demonstration zu veranstalten. Die Polizei trieb die Menge mit blanker Waffe auseinander. Die Polizei fand sich jedoch wieder zusammen, worauf die Polizei von neuem vorging. Es gelang ihr schließlich, die Demonstranten zu zerstreuen. Bei den Zusammenstößen wurden mehrere Personen größtenteils leichtverletzt. Es wurden 20 Verhaftungen vorgenommen.

Schweiz.

Eine, wenn auch nicht sehr bedeutungsvolle, so doch in ihrer Art interessante Wahlenkündigung ging am 18. September in Zürich vor sich. Die städtischen Stimmberechtigten hatten sich darüber auszuholzen, ob sie einer Vermehrung des Polizeikorps um vorläufig 60 Mann zustimmen und dem Grossen Stadtrat die Kompetenz einzuräumen wollen, später „in Übereinstimmung an die steigenden Anforderungen“ von sich aus eine weitere Vermehrung um 60 Mann zu beschließen. Die sozialdemokratische Partei hatte sich mit einer Verurteilung um im ganzen 60 Mann einverstanden erklärt, damit den Polizisten